



Fachdienst Haushalt und Finanzen
Neues Rathaus Großflecken 59 24534 Neumünster
Abteilung Allgemeine Finanzwirtschaft

E-Mail haushalt-und-finanzen@neumuenster.de
Telefon 04321 942 0 Fax 04321 942 20 80

24516 Stadt Neumünster Postfach 2640 20.1

Aktenzeichen: 20.1-

An
alle Ratsmitglieder
Bürgerschaftl. Mitglieder aller Ausschüsse
die Vorsitzenden der Stadtteilbeiräte

Sachbearbeiter Herr Szislo
E-Mail hans-guenter.szislo@neumuenster.de
Telefon 04321 942 23 15
Zimmer 1.111 Neues Rathaus Nordflügel I. Etage

Öffnungszeiten
Mo. - Do. 9:00 - 12:00 Uhr
Mo. - Do. 14:00 - 15:00 Uhr
Fr. 9:00 - 12:30 Uhr
sowie nach telefonischer Vereinbarung

Neumünster, den 07.12.2012

Sehr geehrte Damen und Herren,

Veränderungsliste zum Haushaltsentwurf 2013/2014

Sehr geehrte Damen, sehr geehrte Herren,

wie in den vergangenen Jahren sind im Rahmen der Haushaltsaufstellung für den Doppelhaushalt 2013/2014 seit dem Redaktionsschluss am 24.08.2012 für den Haushaltsentwurf be- wie entlastende Veränderungen eingetreten. Diese Veränderungen sind in dem üblichen Verfahren in eine Veränderungsliste bis unmittelbar vor der Beschlussfassung in der Ratsversammlung noch eingearbeitet worden.

Mit der beiliegenden Veränderungsliste zum Stand 07.12.2012 übersenden wir Ihnen die erfassten Veränderungen. In der Liste sind kurze erläuternde Hinweise enthalten.

Die in der Haushaltssatzung zu berücksichtigende Anzahl der Stellen ändert sich entsprechend des zwischenzeitlich vorliegenden Stellenplans von bisher 1.045,68 Stellen auf jetzt 1.043,42 Stellen in beiden Haushaltsjahren.

Der Fehlbedarf für 2013 wird durch die Veränderungsliste im Ergebnisplan um rd. 0,5 Mio. Euro verringert (Fehlbedarf 2013 nunmehr rd. 8,2 Mio. Euro) und der Fehlbedarf für 2014 ebenfalls um rd. 0,5 Mio. Euro verringert (Fehlbedarf 2014 nunmehr rd. 7,4 Mio. Euro). Insbesondere durch die vorgezogene Erschließung der Entwicklungsfläche Nord wird der Investitionshaushalt 2013 um rd. 5 Mio. Euro erhöht. Der Investitionshaushalt 2014 wird dagegen um rd. 4,1 Mio. Euro entlastet.

Die bereits vorliegenden Änderungsanträge der Rathausfraktionen werden in einer Liste zusammengestellt und den Fraktionen im Ältestenrat am 10.12.2012 zur Verfügung gestellt.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag


(Holland)

Veränderungsliste zum Haushaltsentwurf 2013/2014 nach Redaktionsschluss

Stand: 07.12.2012

Ergebnisplan

Aufwendungen

Produkt	Konto	Bezeichnung	2013 alt	2013 neu	Auswirkung	2014 alt	2014 neu	Auswirkung	Hinweise
111010100	5011020	Aufwandserschädigungen Gemeindeorgane	0	5.600	-5.600	0	5.600	-5.600	Die Aufwandserschädigung für hauptamtliche Stadträte wurde versehentlich nicht geplant. Im Haushaltsjahr 2013 müssen ca. 27.000 Briefe (mit kostenlosem Rücklauf) zusätzlich verschickt werden. Diese Maßnahme ist aufgrund einer Änderung im Bankeinzugsverfahren zwingend erforderlich (SEPA).
111030100	5431020	Zentrale Postgebühren	230.000	258.000	-28.000				
111120100	5211010	Gebäude- und Grundstücksunterhaltung	0	100.000	-100.000			0	
111120100	5211102	Sanierung Außenbeleuchtung Stadthaus	0	29.500	-29.500			0	
111120100	5211120	Sanierung und Reparatur von Kunststoff Sportflächen an verschiedenen Schulen	0	30.000	-30.000			0	
111120100	5211381	IGS: Veränderung und Ergänzung Parkplatzzufahrt Pionier Str.	0	20.000	-20.000			0	
111120100	5211997	Große Bauunterhaltung (einzelne Maßnahmen)	0	30.000	-30.000			0	
111120100	5211020	Wiederkehrende Sachverständigenprüfungen	0	25.000	-25.000			0	
111120100	5211840	GAZ Gebäude 1 Einbau einer Abgasabsauganlage für 7 Stellplätze				30.000	0	30.000	Maßnahme wird erst 2015 ausgeführt
111120100	5211990	Gartenstr. 27 und 31, Dachsanierung, Erneuerung der Fenster				284.000	0	284.000	Maßnahme wird erst 2015 ausgeführt
111120100	5211991	Dachsanierung Werkhalle Klosterstraße				175.000	0	175.000	Maßnahme wird erst 2015 ausgeführt
122020100	5429000	Mitgliedsbeitrag an den Landesverband Standesbeamte	0	300	-300		300	-300	Ausstattungs- und Einrichtungskosten für Erweiterung und Umbau zur Offenen Ganztagsschule
211010400	5271neu	Ausstattungsstücke Mühlhofschule	0	37.500	-37.500			0	Maßnahme "Ausbau Schulkindbetreuung" ist nach 2016 geschoben worden, daher fallen die Einrichtungskosten erst 2016 an.
216010100	5271000	Ausstattungsstücke Grund- und Regionalschule Einfeld	9.600	2.600	7.000			0	

Produkt	Konto	Bezeichnung	2013 alt	2013 neu	Auswirkung	2014 alt	2014 neu	Auswirkung	Hinweise
211019100	5271neu	Ausstattungs- und Einrichtungskosten Grundschulstandort Tungendorf	0	43.000	-43.000	0	43.000	-43.000	Anmeldung erfolgte nach Redaktionsschluss
243010100	5441000	Schülerunfallversicherungen	533.200	544.500	-11.300	533.200	544.500	-11.300	Schülerunfallversicherung an aktuelle Schülerzahl und an Pro-Kopf-Betrag angepasst
311010400	531neu	Sozialräumliche Angebote	0	26.900	-26.900			0	Finanzierung Sozialräumlicher Angebote nach § 9 AG-SGB XII
311010500	5331961	Kostenübernahme für die Heranziehung einer besonderen Pflegekraft u. Ä.	780.000	900.000	-120.000	780.000	900.000	-120.000	Anpassung der Planung auf der Basis der Entwicklung 2012: Minderaufwendungen; da kalkulierte Pflegesatzerhöhungen nicht eingetreten sind und Rentenerhöhungen sich positiv ausgewirkt haben
311010500	5332321	Stationäre Pflege Pflegestufe 0, i. v. E. Ü60	900.000	700.000	200.000	950.000	750.000	200.000	siehe oben
311010500	5332331	Stationäre Pflege Pflegestufe 1, i.v.E. Ü 60	780.000	600.000	180.000	800.000	640.000	160.000	siehe oben
311010500	5332351	Stationäre Pflege Pflegestufe 3, i.v.E. Ü 60	900.000	600.000	300.000	950.000	650.000	300.000	siehe oben
363010200	5318040	Förderung freier Träger "Bundesinitiative Frühe Hilfen"	0	69.600	-69.600	0	80.000	-80.000	Finanzierung über Bundeszuschuss
573010200	5315010	Betriebszuschuss Elly-Heuss- Knapp-Schule	1.158.500	1.226.800	-68.300				Anpassung an Haushaltsplan RBZ
Summe Aufwendungen			5.291.300	5.249.300	42.000	4.502.200	3.613.400	888.800	

Erträge

Produkt	Konto	Bezeichnung	2013 alt	2013 neu	Auswirkung	2014 alt	2014 neu	Auswirkung	Hinweise
311010400	4141010	Zuweisungen vom Land	900.000	750.700	-149.300	900.000	750.700	-149.300	Die Verhandlungen mit dem Land bezüglich der Höhe des Sozialhaushalts nach dem AG-SGB XII für das Jahr 2013 sind abgeschlossen. Die Mittel werden nach einem Modell des Landes verteilt, welches die durchschnittliche Entwicklung der letzten Jahre ab 2009 berücksichtigt. Deshalb werden die Ansätze bei den o.a. Konten angepasst, da die ursprüngliche Planung auf den Planzahlen des FD 50 für die Jahre 2013 und 2014 basierte. Es wird ab 2014 ein ganz neues Finanzierungssystem geben, das im nächsten Jahr mit den Kommunen erarbeitet wird. Deshalb können für 2014 keine genaueren Kalkulationen zu Grunde gelegt werden.
		Erstattung des Bundes für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung	6.043.200	5.643.200	-400.000	8.277.600	7.177.600	-1.100.000	
311010700	4480000		23.702.100	21.899.900	-1.802.200	24.320.700	20.799.900	-3.520.800	
363010200	4140neu	Ausgleichsbetrag für Kosten der Sozialhilfe nach § 5 AG-SGB XII		69.600			80.000	80.000	siehe Begründung zu Konto 311010400.4141010; zusätzlich Wegfall Landeserstattung Grundsicherung ab 2014 (1,1 Mio. Euro)
611010100	4051000	Förderung "Bundesinitiative Frühe Hilfen"	0		69.600			112.200	
611010100	4021000	Leistungen nach dem Familienleistungsausgleich				2.040.000	2.152.200	112.200	
611010100	4021000	Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	20.366.000	20.682.600	316.600	21.384.300	21.864.400	480.100	Auswirkung Steuerschätzung Oktober 2012
611010100	4022000	Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	3.749.200	3.713.100	-36.100	3.861.600	3.821.300	-40.300	Auswirkung Steuerschätzung Oktober 2012
611010100	4111000	Gemeindeschlüsselzuweisungen	9.811.500	9.738.500	-73.000	11.283.200	11.528.300	245.100	Auswirkung Steuerschätzung Oktober 2012
611010100	4111010	Kreisschlüsselzuweisungen	22.989.900	22.818.900	-171.000	26.438.400	27.012.800	574.400	Auswirkung Steuerschätzung Oktober 2012
611010100	4111020	Schlüsselzuweisungen für übergemeindliche Aufgaben	6.272.000	6.225.300	-46.700	7.212.800	7.369.500	156.700	Auswirkung Steuerschätzung Oktober 2012
neu		U3 Betriebskostenbeteiligung	0	2.750.000	2.750.000	0	2.750.000	2.750.000	
Summe Erträge			93.833.900	94.291.800	457.900	72.220.300	105.306.700	-411.900	

Auswirkungen der Veränderungsliste auf den Ergebnisplan

	2013	2014
Auswirkung der Veränderungsliste auf den Haushalt	499.900	476.900
Ergebnis Entwurf 2013/2014	-8.705.300	-7.885.900
Ergebnis einschl. Veränderungsliste	-8.205.400	-7.409.000

Veränderungsliste zum Haushaltsentwurf 2013/2014 nach Redaktionsschluss

Investitionen

Auszahlung

Produkt	Investitions- maßnahme	Bezeichnung	2013 alt	2013 neu	Auswirkung	2014 alt	2014 neu	Auswirkung	Hinweise
5410101	2009	Radwegrouten im Stadtgebiet	100.000	0	100.000	100.000	0	100.000	
5420101	2212	Deckenerneuerung Großfläcken Pflasterflächen	0	70.000	-70.000	70.000	0	70.000	
5420101	2215	Fahrbahnerneuerung Boostedter Str. v. Hartwigswalder Str. bis Stadtgrenze	0	421.600	-421.600			0	
5460101	2504	Sanierung Parkplatz Altonaer Str. und Haart			0	50.000	0	50.000	
5380102	2714	Leichtstoffrückhaltung Industriegebiet Süd	0	50.000	-50.000			0	
5380102	2721	Böckleriedlung Sanierung SW/RW Kanal							
5510101	31209	Breslauer Straße Garten- und Parkanlagen Innenstadt	80.000	50.000	30.000	150.000	125.000	25.000	
2110104	neu	Mühlenschule Erweiterung/Umbau zur Offenen Ganztagschule	0	112.500	-112.500			0	
2160102	neu	Grundschulstandort Tungendorf Umbau zur Offenen Ganztagschule	0	107.000	-107.000	0	107.000	-107.000	
2160104	neu	Wilhelm-Tanck-Schule/Helene-Lange- Schule Erweiterung/Umbau Mensa			0	0	75.000	-75.000	
5430101,	2307, 2719	Erschließung B177	715.000	4.715.000	-4.000.000	5.000.000	1.000.000	4.000.000	Vorgezogene Erschließung der Entwicklungsfläche Nord
5380102	8201	Betriebszuschuss Elly-Heuss-Knapp- Schule	16.000	166.000	-150.000				Ausstattung EHKs für Gebäude Riemenschneiderstraße
Summe			911.000	5.892.100	-4.981.100	5.370.000	1.307.000	4.063.000	

Auswirkung der Veränderungsliste auf den Haushalt		-4.981.100		4.063.000
--	--	-------------------	--	------------------

Auswirkung der Veränderungsliste auf die Kreditaufnahme	12.688.900	17.670.000	4.981.100	20.160.600	15.097.600	-4.063.000
--	-------------------	-------------------	------------------	-------------------	-------------------	-------------------

Anlage 2a) zu TOP 33

Änderungsanträge der Fraktionen zum Haushaltsentwurf 2013/2014 (Ergebnisplan)

Nummer	Fraktion	Art des Antrages	Produkt	Konto	Bezeichnung	2013 Fall	2013 neu	Auswirkung	2014 Fall	2014 neu	Auswirkung	Antrag/Begründung	Hinweise
E1	SPD	Vorziehen nach 2013 aus 2014	11112	5211240	Schule Wittorf: Toilettensanierung	0	95.000	-95.000	95.000	0	95.000	Die Toilettensanierung in der Wittorfer Schule wird von 2014 auf 2013 vorgezogen	
E2	SPD	Neuer Ansatz und Sperre in 2013 und 2014	24301	NEU	Kommunale Bildungsplanung	0	50.000	-50.000	0	50.000	-50.000	Sperremerk Für Maßnahmen der Kommunalen Bildungsplanung. Die Freigabe der Mittel erfolgt über Einzelbeschlussfassung der Maßnahmen im Fachausschuss	
E3	SPD	Ansatz-erhöhung in 2013 und 2014	28101	531816000	Betriebszuschuss an die Stiftung Museum Tuch und Technik	295.000	313.000	-18.000	295.000	324.000	-29.000	Begründung siehe Anhang	
E4	SPD	Neuer Ansatz in 2013 und 2014	28101	NEU	Zuschuss SHMF	0	9.000	-9.000	0	9.000	-9.000	Zuschuss an SHMF mit der Maßgabe weitere Konzertveranstaltungen für Neumünster zu gewinnen	
E5	BFB	Ansatz-erhöhung in 2013 und 2014	33101	5318160	Sozialfonds zur Reduzierung von Kinderarmut in NMS	5.000	10.000	-5.000	5.000	10.000	-5.000	Durch den Ratsbeschluss vom 30.09.2008 Drucksache 0012/2008 wurde für alle Jahrgangsstufen die Bezuschussung für notwendige „Schulsachen“ eingerichtet. Auch wenn es inzwischen das Bildungspaket gibt, so deckt es in keiner Weise die Einschulungsmaterialien oder z.B. Bekleidung für Sport ab. Nach Informationen des Kinderschutzbundes wurde aber in den Sekundarstufen keine geringem Einkommen darauf hinzuweisen, dass sie diese Möglichkeit der Hilfe in Anspruch nehmen können. Die Mittel hierfür waren trotz Spendenakquise einfach nicht vorhanden. Hier ist nach wie vor die Politik gefragt, denn einen Ratsbeschluss gilt es auch umzusetzen.	
E6	SPD	Ansatz-erhöhung in 2013 und 2014	33101		Leistung Förderung der Migrationsarbeit	21.800	42.000	-20.200	21.800	42.000	-20.200	Begründung siehe Anhang	
E7	SPD	Ansatz-streichung in 2013 und 2014	57101	5291060	Erwerb des Gütezeichens "Mittelsandfreundliche Kommunalverwaltung"	5.000	0	5.000	5.000	0	5.000	Der beim Produkt 57101 / Teilergebnisplan Wirtschaftsförderung, Seite B 336, hier zur Nr. 13 der Spalte 2 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen 2013 und 2014 ff - veranschlagte Beitrag zur RAL-Gütegemeinschaft zum 01.01.2013 unterbleibt. Die Ansätze für 2013 ff werden um jeweils jährlich 5.000 € gekürzt.	

Nummer	Fraktion	Art der Anträge	Produkt	Kombi	Bezeichnung	Zurück	Zurück	Zurück	Zurück	2013	2014	Auswirkung	Antrag/Begründung	Einweise
E8	Grüne	Prüfauftrag für 2013 und 2014	57301		Zuschussbedarf Hallenbetriebe	2.380.000	2.380.000	2.380.000	0	2.320.000	2.320.000	0	0 Prüf-Auftrag Die Gesellschafter-Versammlung wird beauftragt, zusammen mit der Verwaltung zu prüfen, wie der Zuschussbedarf der Hallenbetriebe stetig gesenkt werden kann.	
E9	Grüne	Sperrung von 86.600 Euro in 2013 und 85.700 Euro in 2014	57302	5	Aufwandsdeckung bei den Märkten	236.600	150.000	86.600	240.700	155.000	85.700	85.700	Sperrvermerk Die Auszahlungen werden für 2013 auf 150.000 Euro und für 2014 auf 155.000 Euro gedeckelt. Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss soll prüfen, wie ein Kosten deckender Betrieb der Märkte wieder erreicht werden kann. (Begründung siehe Anhang)	
E10	Grüne	Sperrung von 251.100 Euro in 2013 und 219.600 Euro in 2014	57303	5	Aufwandsdeckung bei den Hilfsbetrieben	7.671.100	7.420.000	251.100	7.869.600	7.650.000	219.600	219.600	Die Auszahlungen werden vorläufig auf 7,42 Mio. Euro in 2013 sowie auf 7,65 Mio. Euro in 2014 fest gesetzt. Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss soll prüfen, ob darüber hinaus Auszahlungen bis zur Höhe der beantragten Mittel tatsächlich notwendig sind. (Begründung siehe Anhang)	
E11	CDU	Neuer Ansatz in 2013		NEU	Sanierung von Verbindungswegen in den Stadtteilen.	0	120.000	-120.000	0	0	0	0	Für die Sanierung von Verbindungswegen in den Stadtteilen, die nicht befestigt sind, sollen 120 000 € im Haushalt eingeplant werden. Diese Wege sind fernab von den Hauptverkehrsstraßen eine wichtige Verbindung in den Stadtteilen. Nach Niederschlägen bereiten sie für Rollatornutzer, Radfahrer und Fußgänger erhebliche Probleme. Es befinden sich tiefe Spuren in der Kiesschicht und große Pfützen. Für Schulkinder, die mit dem Rad fahren, sind sie zum Teil nicht nutzbar. ggf. auch investiv	
E12	CDU	Neuer Ansatz in 2013		NEU	Jung kauft alt	0	50.000	-50.000	0	0	0	0	Im BPU wurde ein entsprechender Prüfauftrag an die Verwaltung gegen. Es geht hierbei um eine Initiative, die es unter bestimmten Voraussetzungen ermöglichen soll, alte Wohngebäude an jüngere zu verkaufen mit einer entsprechenden Förderung durch die Stadt NMS. Hiddenhausen in NRW hat diese Konzept entwickelt und großen Erfolg damit gehabt. Wenn es uns gelingt, durch diese Maßnahme mehr Einwohner zu gewinnen, rechnet sich die Förderung durch die Stadt.	

Nr.	Fraktion	Titel des Antrages	Produkt / Gmb	Bezeichnung	2011	2012	2013	Ausführung	2014	2015	Ausführung	Antrag/Begründung	Privats
E13	FDP	Prüfauftrag bezüglich kosten-rechnender Einrichtung-	Diverse	Vorschläge zur Steigerung des Kostendeckungsgrades der kostenrechnenden Einrichtungen								siehe Anhang	
E14	SPD			Haushaltsbegleit Antrag "Transparenz"								siehe Anhang	

Anlage 26 zu TOP 33 Änderungsanträge der Fraktionen zum Haushaltsentwurf 2013/2014 (Investitionen)

Nummer	Fraktion	Art des Antrages	Produkt Investitionsmaßnahme	Beschreibung	2013-EU	2013-NEU	Auswirkung 2014-EL	2014-NEU	Auswirkung 2014-NEU	Antrag/Begründung	Hinweise	
11	CDU	Ansatzstreichung in 2015	11112	3202	Neubau Kunstrasenplatz Städtisches Stadion	0	0	0	0	0	Ansatz für 2015 streichen. Im Rahmen der Weiterführung des Sportentwicklungskonzeptes kann das entschieden werden.	
12	CDU	Sperre in 2013	11112	6110	Grundenwerb Unternehmenssiedlung	2.200.000	2.200.000	0	0	0	Sperremerk bis zur endgültigen Entscheidung über Grundenwerb. (In Verbindung mit 118)	Im Ergebnishaushalt sind die Verkaufserlöse in Höhe von 4 Millionen Euro (und damit Investive Einzahlungen in Höhe von 4 Millionen Euro) und die Abgänge aus Restbuchwerten in Höhe von 2,2 Millionen Euro veranschlagt.
13	CDU	Sperre in 2013 und 2014	11112	111402	Grundschulstandort Tungendorf, Umbau Offene Ganztagschule	75.000	75.000	0	1.000.000	1.000.000	Sperremerk bis entschieden ist, welche Grundschule in Tungendorf erhalten bleibt.	
14	SPD	Sperre in 2013 und 2014	11112	111402	Grundschulstandort Tungendorf, Umbau Offene Ganztagschule	75.000	75.000	0	1.000.000	1.000.000	Sperremerk bis entschieden ist, welche Grundschule in Tungendorf erhalten bleibt.	
15	CDU	Ansatzstreichung in 2016	11112	112601	Wichemerschule, Erneuerung Lehrküche	0	0	0	0	0	Sperremerk bis entschieden ist, welche Grundschule in Tungendorf erhalten bleibt.	
16	Grüne	Sperre in 2016	11112	112601	Wichemerschule, Erneuerung Lehrküche	0	0	0	0	0	Sperremerk bis entschieden ist, welche Grundschule in Tungendorf erhalten bleibt.	
17	CDU	Prüfauftrag für 2014	11112	112903	EHK, Neubau Fachgymnasium Biotechnik	0	0	60.000	60.000	0	Sperremerk bis entschieden ist, welche Grundschule in Tungendorf erhalten bleibt.	
18	Grüne	Prüfauftrag für 2016 und 2017	11112	113003	Theodor-Litt-Sch., Neubau Sporthalle	0	0	0	0	0	Sperremerk bis entschieden ist, welche Grundschule in Tungendorf erhalten bleibt.	
19	Grüne	Prüfauftrag in 2013	11112	140504	GAZ Fernwärmeanschluss	360.000	360.000	0	0	0	Sperremerk bis entschieden ist, welche Grundschule in Tungendorf erhalten bleibt.	

Nummer	Fraktion	Arbeits-Antrag	Projekt-Initiativ-Maßnahme	Bezeichnung	2013	2014	2015	Auswirkung	Antrag-Begründung	Hinweise	
119	CDU	Sperre in 2013 und 2014	53801	4302 Erneuerung techn. Ausrüstung Klärwerk	715.000	715.000	0	530.000	530.000	0	Spervermerk bei immer weniger EW in NMS und Umland in dieser Größenordnung erforderlich? Wir haben in den letzten 10 Jahren erhebliche Investitionen getätigt. Es sollte von Fall zu Fall entschieden werden.
121	SPD	Sperre in 2013 und 2014	54101	2124 Erschließung B-Plan 104, Überplanung K.-A.-Platz	165.000	165.000	0	700.000	700.000	0	Spervermerk (in Verbindung mit 117, 123, 124) Begründung siehe Anhang
120	CDU	Vorziehen nach 2013 aus 2014	54101	2124 Erschließung B-Plan 104, Überplanung K.-A.-Platz	165.000	865.000	-700.000	700.000	700.000	700.000	Die Arbeiten zur Umgestaltung des Bahnhofplatzes sollten in 2013 erledigt werden, damit die Erreichbarkeit der Baustelle EKZ nicht behindert wird. (in Verbindung mit 116 und 122)
122	CDU	Vorziehen nach 2013 aus 2014	54201	2201 Ausbau Wasbeker Straße	0	490.000	-490.000	490.000	490.000	490.000	Den Ausbau der Wasbeker Str. in 2013 vorziehen. Planungen sind seit langem fertig. Die Baufahrzeuge vom EKZ sollten möglichst den Innenstadtbereich Großflecken/Kuhberg nicht befahren. (in Verbindung mit 116 und 120)
123	SPD	Sperre in 2013 und 2014	54201	2219 Erschließung B-Plan 104, Überplanung Knotenpunkte	135.000	135.000	0	400.000	400.000	0	Spervermerk (in Verbindung mit 117, 121, 124)
124	SPD	Sperre in 2013 und 2014	54301	2308 Erschließung B-Plan 104, innerstädtischer Ring	500.000	500.000	0	515.000	515.000	0	Spervermerk (in Verbindung mit 117, 121, 123) Begründung siehe Anhang
125	CDU	Ansatz-reduzierung in 2014 und Streichung in 2015	55101	3407 Marktplatz Einfeld	0	0	0	30.000	20.000	10.000	Die Grünfläche sollte als "kleiner Park" gestaltet werden, da das Marktkonzept gescheitert ist. (in der Finanzplanung 2015 Ansatz streichen.)
127	BFB	Ansatz-streichung in 2013 und 2014	55101	31223 Freiflächeumgestaltung Museum Tuch und Technik	20.000	20.000	20.000	250.000	250.000	250.000	Streichung In Anbetracht der desolaten Haushaltslage und der massiven Steuererhöhungen für die Bürger halten wir es für absolut unangebracht, eine derartige Baumaßnahme, die zudem nicht zwingend nötig ist, durchzuführen.
128	Grüne	Ansatz-streichung in 2013 und 2014	55101	31223 Freiflächeumgestaltung Museum Tuch und Technik	20.000	20.000	20.000	250.000	250.000	250.000	Streichung Der Ansatz für diese Maßnahme wird gestrichen. Die Maßnahme ist nicht dringend geboten.
126	CDU	Ansatz-reduzierung in 2014	55101	31223 Freiflächeumgestaltung Museum Tuch und Technik	20.000	20.000	0	250.000	100.000	150.000	Für die Umgestaltung der kleinen Grünfläche am Museum sind schon 100.000 € sehr großzügig bemessen. Der Haushalt ist auch in den nächsten Jahren noch nicht ausgeglichen. Wir erhöhen Steuern. Deshalb erwarten die Bürger von uns sparsames Handeln.
127	SPD	Neue Maßnahme	57301 NEU	Kapitalerhöhung Hallenbetriebe	0	5.000.000	-5.000.000	0	0	0	siehe Anhang

Anlage 2 c) zu TOP 33

Anhang zu der Aufstellung der Anträge der Fraktionen zu den Haushaltsberatungen am 11. Dezember 2012

Begründung zum Antrag E3

Antrag SPD-Rathausfraktion zum Haushalt 2013/2014

Antrag zum Produkt 28101 „Heimat- und sonstige Kulturpflege“

Seite B 178, Ziffer 15 „**Transferaufwendungen**“

Unter diesem Punkt sind 17 Einzelpositionen zusammengefasst, unter anderem die **Einzelposition „Museum Tuch und Technik“**

Ansatz: 295.000 Euro

Antrag

Für das Jahr **2013** wird der Betrag um 18.000 Euro auf **313.000 €**

und für das Jahr **2014** um 29.000 Euro auf **324.000 €** angehoben.

Begründung

Der Stiftungsrat hat vor wenigen Tagen einen Wirtschaftsplan verabschiedet, der die ursprünglich vereinbarten Betriebskostenzuschüsse inklusive Indexsteigerung, also einen Zuschuss in Höhe von 313.000 Euro, zur Grundlage nimmt. Auf dieser Grundlage weist der Wirtschaftsplan für 2013 ein Ergebnis von +/-0 aus, unter der Maßgabe, dass die geplanten Ausstellungen fast vollständig über Fördermittel und Sponsorengelder abgedeckt werden und ohne Raum für Gehaltsanpassungen zu lassen. Diese wären erst ab 2014 möglich, vorausgesetzt, die indexierte Anpassung der Betriebskostenzuschüsse würde fortgesetzt. Zur Zeit besteht die skandalöse Situation, dass es in den 5 Jahren seit Bestehen des Museums lediglich **eine** 2%ige Gehaltssteigerungen gab. Mitarbeiter/innen, die schon vorher beim Museum beschäftigt waren und beim Aufbau mitgearbeitet haben, erhielten noch länger nur diese 2%ige Gehaltssteigerung. Die von der Stadt Anfang 2010 vorgenommenen Kürzungen hatten zur Folge, dass über die städtischen Zuschüsse gerade noch die Personalkosten gedeckt waren; die erheblichen Gebäude- und Wartungskosten, steigende Energiekosten und Gebühren der Stadt jedoch nicht. Durch die immer prekärer werdende finanzielle Situation droht der Stiftung die Insolvenz. Das Erreichte erscheint ernsthaft gefährdet. Umfangreiche Sparmaßnahmen wie die Kürzung der Öffnungszeiten an den Wochenenden, Umstrukturierungen der Dienstpläne, Einsparungen im Personaleinsatz für Aufsichten und Maschinenvorführungen und Einsparungen im Werbeetat konnten die Kürzungen nicht auffangen. Sie hatten jedoch unerwünschte Nebenwirkungen bezüglich der Vorführung und Instandhaltung der Maschinen. Kürzere Maschinenlaufzeiten führen zu enttäuschten Besuchern und zu Engpässen in der Produktion für den Museumsshop, wirken sich also negativ auf die Einnahmen aus. Darüber hinausgehende Sparmaßnahmen wie beispielsweise zusätzliche Schließtage des Museums würden sich unweigerlich noch negativer auswirken. Weitere Begründung erfolgt mündlich.

Begründung zum Antrag E6

Antrag SPD-Rathausfraktion zum Haushalt 2013/2014

Produkt 33101 „Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege“

Leistungen Förderung der Migrationsarbeit

Ansatz 2013: Euro 21.802,44

Ansatz 2014 €uro 21.775,08

Antrag SPD-Rathausfraktion

Erhöhung des Ansatzes 2013 auf €uro 42.000,00

Zusätzlicher Mehraufwand €uro 20.197,56

Erhöhung des Ansatzes 2014 auf €uro 42.000,00

Zusätzlicher Mehraufwand €uro 20.224,92

Begründung:

Mit Drucksache Nr. 1036/2008/DS vom 05.11.2012 wurde dem Sozial- und Gesundheitsausschuss die Schaffung einer Planstelle als Koordinator /Koordinatorin für die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund vorgelegt. Da Bundesprogramme u.a. „LOS-Projekte/Stärken vor Ort“ für niederschwellige Projekte entfallen sind, diese Projekte aber in der Vergangenheit sehr wirkungsvoll waren, sollen die bisherigen Ansätze 2012/2013 (Runder Tisch für Integration) erhöht werden. Neben den in der Vorlage beschriebenen Aufgaben soll dieses Geld dazu dienen, auch zukünftig niederschwellige Projekte z.B. Sprachkurse, durchzuführen die dann letztendlich dazu führen können, dass der oder die Teilnehmer dann an Sprachkursen teilnehmen kann, die durch Bundesmittel gefördert werden. Um zu gewährleisten, dass neben den bisherigen Projekten des „Runden Tisches für Integration“ neue, zur Zeit noch nicht genau zu bezeichnende Projekte anstehen können, sehen wir als SPD-Rathausfraktion eine entsprechende Erhöhung des Ansatzes für zwingend erforderlich. Die Erhöhung des Ansatzes soll außerdem unterstützend die anstehende Arbeit des/der Koordinators/Koordinatorin begleiten.

Begründung zum Antrag E8

Antrag ALN -Rathausfraktion zum Haushalt 2013/2014

Die Hallenbetriebe stellen ein strategisches Unternehmen der Stadt dar und sind als Infrastruktur-Einrichtung eines Oberzentrums einzustufen. Das Land sieht Neumünster als zentralen Messe-Standort des Landes und hat deshalb erhebliche Fördermittel für die Umbau-Maßnahmen der Holstenhallen zur Verfügung gestellt.

Gleichzeitig steigt das negative Ergebnis der Hallenbetriebe von 1,2 Mio. Euro in 2011 auf 2,375 Mio. Euro in 2013. Ein Teil der Mehrausgaben ergibt sich durch externe Effekte (neue Steuer-Einschätzungen der Finanzverwaltung), die übrigen durch die Sanierung und Umbau-Maßnahmen. Bei den externen Effekten ist zu prüfen, ob diese zukünftig vermieden werden können. Da die Ausgaben für die Sanierung und den Umbau mit dem Ziel der Steigerung der Effizienz und Attraktivität der Holstenhallen bewilligt wurden, soll geprüft werden, ob dieses Ziel erreicht wird.

Begründung zum Antrag E9

Antrag ALN -Rathausfraktion zum Haushalt 2013/2014

Das Produkt Märkte war 2001 faktisch Kosten deckend (-2.240 Euro) und nach Ansatz 2012 komplett Kosten deckend (Ergebnis: 0 Euro). Die Ansätze 2013/14 weisen deutlich gestiegene Ausgaben (~70.000 Euro gegenüber dem gemittelten Auszahlungen von 2011/12) und leicht gesunkene Einnahmen aus.

Begründung zum Antrag E10

Antrag ALN -Rathausfraktion zum Haushalt 2013/2014

Die Ausgabensteigerung beträgt für 2013 6,6%. Der Antrag beschränkt die Steigerung der Auszahlung jeweils auf 3% p.a. Gegenüber dem Ansatz von 2012. Zu prüfen ist, ob darüber hinaus gehende Auszahlungen wie beantragt notwendig sind.

Begründung zum Antrag E13

Antrag FDP-Rathausfraktion zum Haushalt 2013/2014

Die im Vorbericht auf Seite A 41 genannten kostenrechnenden Einrichtungen, deren Kostendeckungsgrad 80% oder weniger beträgt, werden mit Ausnahme der Kindertageseinrichtungen aufgefordert, in Abstimmung mit den zuständigen Fachämtern bis Ende des Jahres 2013 Vorschläge für Kostensenkungen oder Einnahmeverbesserungen zu unterbreiten, die geeignet sind einen um etwa 10% höheren Deckungsbeitrag zu erwirtschaften.

Hinsichtlich der Kindertageseinrichtungen ist anzustreben, dass Eltern die es sich finanziell erlauben können, den vollen Kostensatz bezahlen und der bezuschusste, subventionierte Satz ausschließlich Gering- und Normalverdienern angeboten wird.

Begründung

Nimmt man die Kindertageseinrichtungen von dieser Maßnahme aus, könnten die jährlichen Verluste um immerhin 1.253.000 Euro von den prognostizierten 26.662.000 Euro auf 25.409.000 Euro reduziert werden.

Begründung zum Antrag E14

Antrag SPD-Rathausfraktion zum Haushalt 2013/2014

Haushaltsbegleitantrag „Transparenz“

Bei der Darstellung aller künftigen Haushalts-Entwürfe durch die Verwaltung soll zwecks Transparenz und inhaltlicher Aussagekraft folgendes gewährleistet sein:

1.
Für jeden Teilplan bzw. jedes Produkt sind konkrete Ziele für formulieren und Kennzahlen für die Zielerreichung zu entwickeln.
2.
Zusätzlich ist eine Information in geeigneter Form darüber zu geben, welche Aufgaben (eventuell neu oder anders bzw. nicht mehr) wie erfüllt werden (durch event. neue oder andere oder aufgegebenen Maßnahmen zur Aufgabenerfüllung) und wie sich dies in welchen Haushaltsansätzen widerspiegelt (z.B. in der Form eines Berichts). Desweiteren ist den Mitgliedern der Ratsversammlung und der Fachausschüsse der Zugriff auf die zugrundeliegende Planung/Anmeldung des Fachdienstes zu ermöglichen (z.B. über das Internet/Ratsinformationssystem).
3.
Erhebliche Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen im Sinne von Ziffer 19 des Vorberichts (Seite A 42 ff) sind solche über 200.000 € (bisher: über 250.000). Auch die dazu veranschlagten Einnahmen sind anzugeben. Es ist jeweils auf die Fundstelle in den Teilplänen hinzuweisen.

In den Teilplänen sind Investitionsmassnahmen über 75.000 € aufzuführen (bisher: über 100.000 €). Bei den Angaben zu den einzelnen Maßnahmen (z.B. Seite B 72 ff) sind auch die Zahlen für die letzten beide Jahre darzustellen (im HH 2013/14 die Zahlen für 2011 und 2012). Die Darstellung der Zahlen (z.B. betreffend Fortsetzungsmaßnahmen und Gesamt Invest in der Spalte 12) ist hinsichtlich ihrer Aussagekraft zu verdeutlichen.

Für das Haushaltsaufstellungsverfahren gilt folgende Regel:

Im Haushaltsentwurf werden nur Investitionsmaßnahmen über 75.000 € veranschlagt, über die die Selbstverwaltung entschieden hat, jedenfalls aber in der Sache und ihrer finanziellen Bedeutung vorab informiert worden ist bzw. spätestens mit Vorlage des Entwurfs informiert wird.

4.
Der Haushalt soll nach Fachdiensten und innerhalb der Fachdienste nach Produkten gegliedert sein. Dabei soll erreicht werden, dass die Produkte weitgehend einem Fachbereich zugeordnet werden.
5.
Der Stellenplan nebst der Drucksache mit den Anlagen A bis F soll zusammen mit dem Haushaltsentwurf, jedenfalls möglichst alsbald nach Vorlage des Entwurfs vorgelegt werden.
6.
Die Veränderungsliste (= Redaktionsschluss für die Verwaltung) soll spätestens 10 Tage vor der Ratsversammlung den Ratsmitgliedern zugehen.

Die Fraktionen sollen ihre Änderungs- und Begleitanträge zum Haushalt möglichst 7 Tage vor der Ratsversammlung dem Stadtpräsidenten, dem Oberbürgermeister und den anderen Fraktionen zwecks Vorbereitung des Beratungsfahrplans in der Ratsversammlung bekanntgeben.

Zu Ziffer 1:

Zwar ist die Zielbestimmung Sache der Selbstverwaltung. Aber die Verwaltung soll zunächst aus früheren Beschlüssen o.ä., hilfsweise aus sachlichen Überlegungen vorläufige produktbezogene Ziele (und Kennzahlen für eine Zielerreichung) formulieren. Auf der Grundlage der Verwaltungsvorlagen zu vorläufigen Zielen werden die Fachausschüsse für ihren Bereich beraten und einen Zielkatalog

beschließen. Federführend für das Verfahren und die Zusammenstellung der Zielkataloge ist der Finanzausschuss.

Dabei gilt folgender Fahrplan:

Die Vorlagen der Verwaltung „vorläufige Zielbestimmung“ für die einzelnen Produkte werden für den jeweiligen Fachausschuss bis Oktober 2013 erwartet. Die Beratung und Behandlung dieser Vorlage in den Fachausschüssen soll nachfolgend bis Ende Januar 2014 erfolgen und abgeschlossen sein. Für die Beratung der zusammengeführten Zielkataloge im Finanzausschuss ist Februar/März 2014 vorzusehen. Eine endgültige Beschlussfassung in der Ratsversammlung erfolgt im April/Mai 2014, so dass die Zielbestimmungen für die Aufstellung des Haushaltsentwurfs 2015/2016 zur Verfügung stehen.

Zu Ziffer 2.:

In welcher Form die Information (z.B. in der Form eines Berichts außerhalb des Haushalts) zu geben sind, soll auf der Grundlage jeweils einer Verwaltungsvorlage in den Fachausschüssen - parallel dem Fahrplan für die Zielbestimmung - bis Ende Januar 2014 beraten werden, im Februar/März 2014 von dem federführenden Finanzausschuss zusammengestellt und im April/Mai 2014 von der Ratsversammlung endgültig entschieden werden.

Begründung – erfolgt mündlich.

Begründung zum Antrag I6

Antrag ALN-Rathausfraktion zum Haushalt 2013/2014

Die Wichernschule befindet sich in Auflösung und soll zu einem »Förderzentrum ohne Stammschülerinnen« umgenutzt werden.

Zu prüfen ist daher, ob die Erneuerung der Lehrküche deshalb noch notwendig ist oder ob der Raum der Lehrküche für andere Zwecke genutzt werden kann.

Begründung zum Antrag I8

Antrag ALN-Rathausfraktion zum Haushalt 2013/2014

Mit der Maßnahme Nr. 113404 wird für die Fr.-v.-Stein-Schule der Neubau einer Dreifeld-Sporthalle in 2017 für 1,26 Mio. Euro geplant.

Im Rahmen der prognostizierten demografischen Entwicklung mit der entsprechend vorausgesagten Verringerung der SchülerInnenzahl erscheint der Neubau von zwei Sporthallen bei so benachbarten Schulen wie der Stein- und der Litt-Schule nicht als sinnvoll.

Begründung zum Antrag I9

Antrag ALN-Rathausfraktion zum Haushalt 2013/2014

Gegenüber dem ursprünglichen Ansatz in Höhe von 150.000 Euro in 2011 soll die Maßnahme jetzt 210.000 Euro zusätzlich kosten (360.000 Euro), das entspricht einer Kostensteigerung um 140% und soll daher geprüft werden.

Begründung zum Antrag I10

Antrag ALN-Rathausfraktion zum Haushalt 2013/2014

Die Ausgaben liegen um 150.000 Euro über den prognostizierten Einnahmen in Höhe von 200.000 Euro für diese Maßnahme und weichen damit erheblich von den übrigen Ein-/ Ausgabe-Unterschieden im Bereich Brandschutz ab. Eine Überprüfung ist daher notwendig.

Begründung zum Antrag I11

Antrag ALN-Rathausfraktion zum Haushalt 2013/2014

Die Ausgaben für das neue Gefahren-Abwehr-Zentrum (GAZ) liegen deutlich über den früher prognostizierten Ansätzen. Neben den Auszahlungen für bewegliches Vermögen für das GAZ sind weitere Auszahlungen für bewegliches Vermögen für den Brandschutz in Höhe von 186.000 Euro in 2013 sowie von 62.000 Euro in 2014 vorgesehen. Eine Überprüfung der Ausgaben erscheint daher notwendig, um Doppel-Ausgaben zu verhindern.

Begründung zum Antrag I12

Antrag ALN-Rathausfraktion zum Haushalt 2013/2014

Das GAZ soll eine Bündelung der Einrichtungen in der Gefahren-Abwehr erreichen. Die damit verbundenen Synergie-Effekte müssen gehoben werden. Eine gemeinsame Leitstelle Digitalfunk für Brandschutz, Rettungsdienst und Katastrophenschutz ist daher sinnvoll. Durch die insgesamt sollen 550.000 Euro für die Umstellung auf den Digitalfunk ausgegeben werden, ohne dass derzeit eine Gegenfinanzierung vermerkt ist. Zu prüfen ist daher, ob Einnahmen dafür erzielt werden können und wie sich durch die gemeinsame Nutzung Ausgaben-Ersparungen ergeben können.

Begründung zum Antrag I13

Antrag SPD-Rathausfraktion zum Haushalt 2013/2014

Produkt 36501 „Kindertageseinrichtungen“

Hier: Weiterer bedarfsgerechter Ausbau für unter 3-jährige Kinder

Im Jahr 2013 sind die von der Ratsversammlung beschlossenen Maßnahmen zum Ausbau der Kindertageseinrichtungen für unter 3-jährige Kinder realisiert. Die Bedarfsabdeckung wird dann ca. 35 % für Kinder dieser Altersgruppe betragen. Nach Erkenntnissen der Verwaltung werden weitere ca. 150 Plätze für einen bedarfsgerechten Ausbau benötigt. Hierzu stellt die SPD-Fraktion

folgenden Antrag:

Nach Abschluss des von der Ratsversammlung beschlossenen Ausbauprogramms an Kindertagesstättenplätzen für unter 3-jährige Kinder wird die Verwaltung gebeten, im Jahr 2013 ein Folgeprogramm für einen bedarfsgerechten Ausbau vorzulegen. In den Jahren 2013, 2014 und 2015 werden jährlich jeweils weitere 50 Betreuungsplätze geschaffen. Die notwendigen Haushaltsmittel werden bereitgestellt.

Die Deckung des zusätzlichen Finanzbedarfs erfolgt aus den zu erwartenden Landeszuweisungen für die Betriebskosten in Einrichtungen für unter 3-jährige Kinder (Konnexität). Nach überschlägigen Berechnungen dürften dies ca. 5 Mio. für die Stadt Neumünster sein.

Begründung zu den Anträgen I17, I21, I23 und I24

Antrag SPD-Rathausfraktion zum Haushalt 2013/2014

Mittelsperrung B- Plan 104

Antrag:

Die folgenden Investitionsmaßnahmen zum B-Plan 104, mit einem Gesamtvolumen von € 2.715.000 im Doppelhaushalt 2013/2014, werden mit einem Sperrvermerk versehen:

<u>Maßnahmennummer</u>	<u>Ansatz 2013</u>	<u>Ansatz 2014</u>
2124 Überplanung Konrad-Adenauer-Platz	€ 165.000	€ 700.000
2219 Überplanung Knotenpunkte	€ 135.000	€ 400.000
2308 Innenstädtischer Ring	€ 500.000	€ 515.000
2720 Sagerviertel	€ 50.000	€ 250.000

Die Freigabe der Mittel erfolgt durch den Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss nach einem das B-Planverfahren abschließenden Satzungsbeschluss.

Begründung:

Die o.g. Investitionsmaßnahmen sind unmittelbar mit dem geplanten Einkaufscenter im Sager-Viertel verbunden. Da eine abschließende Entscheidung der Ratsversammlung zu den Planungen noch aussteht, der städtebauliche Vertrag noch nicht zur Entscheidung vorliegt und die Kosten, die durch den Investor ggf. übernommen werden noch nicht beziffert bzw. als Gegenfinanzierung im Haushalt berücksichtigt wurden, ist eine Sperrung der Mittel bis zum endgültigen Satzungsbeschluss zum B-Plan 104 unausweichlich.

Begründung zum Antrag I27

Antrag SPD-Rathausfraktion zum Haushalt 2013/2014

1.
Im Haushaltsplan 2013/2014, hier zum Produkt/Teilplan 57301 „Unternehmen und Beteiligungen“ (Seite B 337 ff) wird an geeigneter Stelle für 2013 ein Ansatz für eine Auszahlung wegen einer Kapitaleinlage der Stadt bei den Hallenbetrieben Neumünster GmbH in Höhe von 5,0 Mio€ zwecks Erhöhung des Eigenkapitals veranschlagt.

Im Produkt/Teilplan 61201 „Allgemeine Finanzwirtschaft“ (Seite 363 ff) wird an geeigneter Stelle für 2013 eine Einzahlung aus der Aufnahme von Krediten für Investitionen und Investitionsmaßnahmen zur Finanzierung der vorgenannten Auszahlung von 5,0 Mio€ veranschlagt.

2.
In der Haushaltssatzung werden die Ansätze entsprechend den Veranschlagungen zu Ziffer 1 angepasst.

Gründe:

Eine alsbaldige Kapitalerhöhung der Hallenbetriebe Neumünster GmbH um 5 Mio€ durch eine entsprechende Kapitaleinlage der Stadt Neumünster als alleiniger Gesellschafterin ist im wesentlichen aus zwei Gründen unaufschiebbar notwendig:

(1.)
Die derzeitige Eigenkapitalausstattung des Unternehmens (2011: 2,56 Mio€ bei einer Bilanzsumme von 23,8 Mio€, d.h. Eigenkapitalquote von 10,7 %) ist u.a. im Hinblick auf den strukturbedingten Zuschussbedarf unzureichend. Mit Rücksicht auf die anstehende Sanierung der Holstenhallen mit einem Aufwand von rund 21 Mio€ (Baubeginn noch in diesem Jahr) wird die Eigenkapitalquote ohne eine Einlage deutlich absinken. Mit der Eigenkapitalerhöhung von 5,0 Mio€ wird die Eigenkapitalquote auf der Grundlage der Zahlen des Jahres 2011 auf rund 32 % steigen bzw. künftig nach der Sanierung der Holstenhallen annehmbar bei rund 20 % liegen.

(2.)
Die Eigenkapitalerhöhung um 5 Mio€ durch Einlage der Stadt rechnet sich aufgrund einer Gesamtbetrachtung auch für die Stadt.
Die Stadt ist aufgrund des Betrauungsvertrages vom 28. Dezember 2011 gegenüber ihrem Unternehmen Hallenbetriebe zur Abdeckung des jährlichen Verlustes bis zur Höhe von 2,0 Mio€ verpflichtet. Die Haushalte der Stadt weisen dementsprechend folgende Verlustabdeckungsleistungen aus: 2011: 1,19 Mio€; 2012: 1,61 Mio€; 2013: 2,38 Mio€.
Die Verluste des Unternehmens sind im Wesentlichen durch Zinskosten aus alten Krediten bedingt (gut 1 Mio€ pro Jahr). Die steigende Entwicklung der jährlichen Verlustabdeckung ist deswegen besonders nachteilig, weil die Stadt nach neuer und bestrittener Auffassung des Finanzamtes Kiel Nord auf die jährliche Verlustabdeckungsleistung die gesetzliche Umsatzsteuer – 19 % MWSt. – zahlen muss. Dadurch steigt die (steigende) Belastung der Stadt aus jährlicher Verlustabdeckung um 19 %, z.B. beträgt die für 2013 im Haushalt prognostizierte Verlustabdeckung von 2,0 Mio€ + 19 % MWSt., d.h. + 0,38 Mio€ = 2,38 Mio€.
Mit der Kapitalerhöhung des Unternehmens durch eine Kapitaleinlage der Stadt in Höhe von 5,0 Mio€ können bei einer Gesamtbetrachtung von Stadt und Unternehmen, im Ergebnis auch für die Stadt folgende Vorteile realisiert werden:

a)
Mit den Mitteln aus der Kapitalerhöhung kann das Unternehmen seine Zinsbelastung und damit seinen jährlichen Verlust vermindern. Die Stadt erspart im Rahmen der Verlustabdeckung einen Betrag in entsprechender Höhe und die Zahlung von 19 % MWSt. darauf. Dieser Vorteil für das Unternehmen und damit auch für die Stadt kann mit jährlich 238.000 € veranschlagt werden (4 % Zinersparnis auf 5,0 Mio€ = 200.000 € + 19 % MWSt. = 238.000 €).

b)

Desem Vorteil stehen die jährlichen Zinskosten der Stadt gegenüber. Denn die Stadt muss ihre Kapitaleinlage in Höhe von 5 Mio€ voll durch eine Kreditaufnahme in entsprechender Höhe finanzieren. Die dadurch bei der Stadt entstehenden Zinskosten können mit jährlich 125.000 € veranschlagt werden ($5,0 \text{ Mio€} \times 2,5\% = 125.000 \text{ €}$). Hintergrund für den geringeren Zinsansatz ist der Umstand, dass die Stadt den Kredit günstiger erhalten kann als das Unternehmen).

c)

Bei Verrechnung des Vorteils der Stadt zu a) – jährlich 238.000 € - mit dem Nachteil der Stadt zu b) – jährlich 125.000 € - verbleibt im Ergebnis ein Vorteil für die Stadt von jährlich 113.000 €.

Zwar ist noch zu bedenken ist, dass für die Kapitalerhöhung einmalig Notar- und Gerichtskosten in Höhe von geschätzt 3.000 € zu Lasten der Stadt entstehen werden. Diese Kosten sind mit Rücksicht auf den Vorteil von jährlich 113.000 € unbeachtlich.

Ein weiterer dauerhafter Nachteil für die Stadt ist ihre zusätzliche Kreditschuldbelastung in Höhe von 5,0 Mio€ sowie ihre Verpflichtung, auf den Kredit jährliche Tilgungsleistungen von mindestens 1 % (= 50.000 €) erbringen zu müssen (mit eventuellen Folgen für die Handlungsfähigkeit der Stadt, z.B. im Fall einer Kreditaufnahmebegrenzung durch die Kommunalaufsicht).

Dem erstgenannten Nachteil steht als Vorteil die entsprechende Stärkung des städtischen Unternehmens Hallenbetriebe gegenüber. Diese Vor- und Nachteile heben sich gegenseitig auf. Als Nachteil bleibt die Verpflichtung der Stadt zu jährlichen Tilgungsleistungen auf den Kredit. Dabei ist einerseits zu berücksichtigen, dass Tilgungsleistungen deswegen kein echter Nachteil sind, weil sie eine bestehende Schuld vermindern und deswegen vermögensneutral zu sehen sind. Andererseits können die Tilgungsleistungen aus dem jährlichen Vorteil von 113.000 € finanziert werden.

Abschließend ist anzumerken, dass mit einer Kreditaufnahmebegrenzung durch die Kommunalaufsicht nicht zu rechnen ist, weil sich die Maßnahme auch für die Stadt rechnet.

Anlage 3 zu VOP 33

Rathausfraktion



CDU-Kreisverband, Kieler Str.20, 24534 Neumünster

10.12.2012

Ratsversammlung am 11.12.2012

Ergänzungsantrag zum Punkt 33

Die CDU-Rathausfraktion Neumünster bittet die Verwaltung zu prüfen, inwieweit in Neumünster ein Bedarf für zusätzliche Hundenausläufflächen besteht und welche Freiflächen angeboten werden können.

Dazu gehört auch eine Konzeption für einen Hundewald. Eventuell notwendige Gespräche mit zuständigen Forstbehörden sind aufzunehmen. Über das Ergebnis und die zu erwartenden Kosten ist den zuständigen Ausschüssen der Stadt Neumünster zu berichten. Über die Aufnahme eventuell notwendiger Mittel in den Haushalt ist dann gesondert zu entscheiden.

Begründung:

Mit dem Hundenauslaufplatz im Ökokonto Vierkamp ist ein Auslaufbereich für Hunde ohne Leinenzwang geschaffen worden. Dieses Angebot wird gut angenommen. Möglicherweise sind derartige Angebote auch für andere Stadtteile interessant.

Hundewälder sind beispielsweise in Trappenkamp und Dänemark eingerichtet und schaffen ebenfalls eine kontrollierte Auslaufmöglichkeit für Hunde und vermeiden Konflikte mit Wildtieren oder Spaziergängern.

Für die CDU-Fraktion

Wolf Rüdiger Fehrs

Kieler Str.20 Telefon 0 4321 / 99 64 0
24534 Neumünster Telefax 0 4321 / 996424

Internet: <http://www.cdu-nms.de>
Email: info@cdu-nms.de

Sparkasse Südholstein
(BLZ 230 510 30) Konto 111 325
Volksbank Raiffeisenbank eG
(BLZ 212 900 16) Konto 20 220 790

Anlage 4 zu TOP 33

Rathausfraktion



CDU-Kreisverband, Kieler Str.20, 24534 Neumünster

Ratsversammlung 11.12.2012

Haushaltbegleitantrag

Die CDU-Rathausfraktion beantragt die Bereitstellung von Haushaltsmitteln in Höhe von 25.000,- jährlich für die Haushaltsjahre 2013 / 2014. Die Mittel sind zur Unterstützung des Kreissportverbandes e.V. zur Entwicklung von Maßnahmen zur Umsetzung der Sportentwicklungsplanung zu verwenden.

Die Verwaltung wird beauftragt, einen Vertrag mit dem Kreissportverband hierzu abzuschließen. Die Mittel werden nur erfolgsabhängig ausgeschüttet. Zur Umsetzung des Sportentwicklungsplanes erhält der Kreissportverband jeweils nachträglich 15%, jedoch maximal 25.000,-€ jährlich, des erzielten Konsolidierungsbeitrages durch erfolgreich umgesetzte Maßnahmen des Sportentwicklungsplans.